

**Rede  
des Sprechers für Kommunalpolitik**

**Bernd Lynack, MdL**

zu TOP Nr. 9

Abschließende Beratung

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Nieder-  
sächsischen Kommunalinvestitionsförderungsgeset-  
zes und anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 18/383

während der Plenarsitzung vom 16.05.2018  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

Kommunen und ihre Finanzen sind auf den ersten Blick kein prominentes politisches Thema. Würde man draußen auf der Straße Menschen danach fragen, würde man meist nur Schulterzucken sehen. Wichtig für die Bürgerinnen und Bürger ist, dass das Angebot stimmt und öffentliche Abgaben nicht über Gebühr belasten.

Dennoch sind die kommunalen Finanzen für vieles im Alltag sehr wichtig. Wie oft fährt der Bus? Wie gut ist die Schule unserer Kinder ausgestattet? Gibt es ein Theater vor Ort? Wird gute Sozialarbeit angeboten? All das sind Punkte, bei denen Politik auch für Menschen interessant wird, die vorgeben, sich nicht für Politik zu interessieren.

Dass die Kommunen nicht gerade auf vollen Kassen sitzen, ist bekannt. Lange haben Land und auch Bund kräftig dazu beigetragen, dass es den Kommunen finanziell nicht allzu gut geht. Ein fataler Fehler! Politik kann grundsätzlich nur gelingen, wenn sie vor Ort gut umgesetzt werden kann.

Eines der wichtigsten Themen hier bei uns ist die Bildung. Sie ist Voraussetzung dafür, dass jede und jeder ein gutes Leben führen kann. In den vergangenen Jahren haben wir hier in Niedersachsen vieles getan, um die Bildung in Krippen, Kindergärten, Kitas und Schulen zu verbessern.

Wir haben dafür gesorgt, dass es mehr Betreuerinnen und Betreuer pro Kind in Krippen gibt, dass mehr Kinder in die Kita können und dass Eltern nicht dafür zahlen müssen, wenn ihr Kind in die Kita geht.

Wir haben weiter die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass es mehr Ganztagschulen und mehr Schulsozialarbeit gibt und dass Schüler wieder 13 Jahre Zeit bis zum Abitur bekommen.

Und last but not least haben wir auch dafür gesorgt, dass junge Menschen bei vielen schulischen Ausbildungen endgültig kein Schulgeld mehr zahlen müssen.

Ich betone das übrigens auch deshalb, weil die Aufmerksamkeit in diesem Haus doch manchmal etwas sehr einseitig auf Gymnasien und Hochschulen liegt.

Anrede,

warum erzähle ich Ihnen das nochmal alles? Zum einen, weil eine große Mehrheit dieses Hauses ohnehin für diesen Gesetzentwurf ist und ich wohl keine Überzeugungsarbeit mehr leisten muss.

Zum anderen, weil ich deutlich machen möchte, dass wir Bildung nicht nur als Landesthema betrachten dürfen. Es ist nur halbherzig, wenn in den Unterricht durch das Land investiert wird, die Kommunen aber nicht das Geld haben, um in das Schulgebäude investieren zu können. Oder platt gesagt: Es kann nicht sein, dass im Klassenraum gute Bildungsarbeit geleistet wird und im Keller die Toiletten stinken!

Anrede,

Bildung ist mehr als wichtig und deshalb ist es auch wichtig, dass Bund und Bundesländer sich nicht aus der Verantwortung stehlen und den Kommunen finanziell den Spielraum lassen, um in die Bildungsinfrastruktur zu investieren.

Mit diesem hier vorliegenden Gesetz wollen wir als Land Niedersachsen unserer Verantwortung gerecht werden und Investitionen in Bildung und in die Köpfe und in die Zukunft ermöglichen! Ich freue mich sehr, dass die Kommunen, vertreten durch ihre Spitzenverbände, das Gesetz ausdrücklich unterstützen. Es wäre sehr schön gewesen, wenn wir dieses Projekt bereits vor einem Jahr hätten umsetzen können. Leider hat die Pressekonferenz einer ehemaligen Rotenburger Abgeordneten im CDU-Fraktionssaal dies verhindert, einige werden sich vielleicht erinnern.

Anrede,

ich freue mich sehr, dass das Haus an dieser Stelle mit großer Mehrheit zustimmen wird.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, um eindringlich an die Verantwortung des Bundes zu appellieren. Weder die finanzielle Situation der Kommunen noch Bildung sind reine Landesthemen. Auch aus Berlin muss mehr Geld in die Fläche fließen. Eine schwarze Null ist nichts wert, wenn wichtige Investitionen in die Zukunft nicht getätigt werden können und folgenden Generationen so die Kosten aufgebürdet werden. Deswegen müssen gerade auch SPD und CDU ihren Vertreterinnen und Vertretern in Berlin deutlich machen, dass wir hier in Niedersachsen mehr erwarten als das, was bislang passiert.

Die Mittel aus dem kommunalen Investitionsprogramm II sind wichtig und richtig, aber längst nicht genug. Sehen wir es als einen Anfang für eine Bundesbeteiligung an der schulischen Infrastruktur unserer Kommunen.

Herzlichen Dank!